

(- Es gilt das gesprochene Wort -)

**Etatrede
von Bürgermeister Dr. Eberhard Fennel
zur Einbringung des Grundhaushaltes 2007
in der Form eines doppischen Haushaltes**

**in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 16. November 2006, 18.00 Uhr,
Rathaus Hünfeld**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

genau vor einem Jahr hat mit der Einbringung des **ersten** doppischen Haushaltsentwurfs eine neue Ära begonnen.

Heute kann ich Ihnen für das Jahr 2007 den **zweiten** doppischen Haushaltsentwurf vorlegen. Bei der Erarbeitung haben wir zusätzliche Erkenntnisse aus dem Umgang und den Erfahrungen mit dem ersten doppischen Haushalt einfließen lassen.

Wie angekündigt, wird noch mehr Transparenz hergestellt. Den Grundhaushalt mit allen Anlagen, d. h. auch die Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne aller am „Konzern Stadt Hünfeld“ Beteiligten, finden Sie auf einer CD-ROM. Die vorläufige Eröffnungsbilanz ist noch nicht ganz abgeschlossen, sie wird Ihnen aber nach der Verabschiedung des Haushaltsplanes ergänzend zugereicht.

Auf einer CD-ROM finden Sie dann zudem eine aktuelle Power-Point-Präsentation *„Die Stadt Hünfeld mit ihrer Konzern-Struktur“*.

Ergänzend werden wir Ihnen das aktuelle mittelfristige Investitionsprogramm „Straßenbau“ zur Verfügung stellen. Im Einzelnen umfasst dies:

- die GVFG- bzw. FAG-Programmfortschreibung

- die Übersicht der etwa 60 Straßenerneuerungsmaßnahmen bis 2011 in Verbindung mit Kanalerneuerungen im sogenannten „roten“ und „grünen“ Programm, wie bereits im Grundsatz beschlossen.

Insgesamt ergibt dies eine außergewöhnliche Transparenz bezogen auf grundsätzliche und Detail-Informationen mit einer Darstellung perspektivischer Entwicklungen über 2009 hinaus für die Haushalte der Stadt Hünfeld.

Damit wollen wir Sie zugleich in die Lage versetzen, sich mit konkreten Vorschlägen in die spätestens ab 2009 intensiv notwendige präventive Haushaltskonsolidierungsstrategie einbringen zu können, in dem dann generell in Hessen für alle Kommunen vorhandenen Zeitalter doppischer Haushalte.

1. Zweiter doppischer Grundhaushalt der Stadt Hünfeld ist ausgeglichen

Bezogen auf den vorliegenden Entwurf des Grundhaushaltes 2007 lassen Sie mich mit der guten Nachricht beginnen. Der Magistrat hat mit diesem vorliegenden Haushaltsentwurf 2007 sein wichtigstes haushaltspolitisches Ziel erreicht.

Der festgestellte Entwurf des Ergebnishaushaltes schließt mit einem positiven ordentlichen Ergebnis in Höhe von 39.147,00 Euro ab.

Der Schuldenstand der Stadt Hünfeld, der sich im Rechnungsjahr 2006 sogar leicht reduzieren wird, bleibt erneut auf einem niedrigen Niveau stabil. Unsere Pro-Kopf-Verschuldung beläuft sich Ende 2007, wie Ende 2006, auf voraussichtlich nur 202,61 Euro.

Wenig Aussagewert hat noch der Begriff der Rücklage. Immerhin würde diese nach dem System der Kameralistik, nach Abschluss des Haushaltsjahres 2005, fast 5,5 Mio. Euro betragen.

Insgesamt gilt nach wie vor die Feststellung: Die Finanz- und Vermögenslage der Stadt Hünfeld kann im Vergleich, insbesondere zu nordhessischen Mittelzentren, als außerordentlich günstig und gut bezeichnet werden.

Nun aber zu den erheblichen Schattenseiten der aktuellen Finanzentwicklung.

Aufgrund einer deutlichen Reduzierung der Schlüsselzuweisungen in Höhe von ca. 800.000,00 Euro und einer gleichzeitig erhöhten Belastung bei der Kreis- und Schulumlage von ca. 780.000,00 Euro ergibt sich gegenüber dem Jahr 2006 eine Verschlechterung im kommunalen Finanzausgleich für Hünfeld um insgesamt ca. 1.580.000,00 Euro.

Über die Reduzierung der Schlüsselzuweisungen, die auf erhöhte Gewerbesteuereinnahmen im Referenzzeitraum zurückgehen, dürfen wir nicht klagen. Dies ist die Auswirkung unserer erfreulicherweise wieder steigenden Finanzkraft. Wenig erfreulich ist allerdings die stille Anhebung der Kreis- und Schulumlage durch das Land mittels einer Veränderung der Kreisumlagegrundlagen im Kommunalen Finanzausgleichsgesetz.

Nach einer Berechnung des Hessischen Städtetages ergibt sich allein hieraus eine Mehrbelastung zu Gunsten des Landkreises Fulda und zu Lasten unserer Stadt von etwa 171.000,00 Euro.

Folgende konkrete Maßnahmen muss der Magistrat daher zur Vermeidung eines Fehlbedarfes im Ergebnishaushalt leider vorschlagen:

1. Auflösung einer Rückstellung in Höhe von 750.000,00 Euro, gebildet aus erhöhten Gewerbesteuereinnahmen des Jahres 2006.
2. Anhebung des Hebesatzes bei der Grundsteuer A von 210 %-Punkten auf 260 %-Punkte. Damit liegen wir allerdings immer noch 26 %-Punkte unter dem so genannten gewogenen Durchschnittshebesatz in unserer Einwohnergrößenklasse.
3. Anhebung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B von 255 %-Punkten auf 290 %-Punkte. Auch hier liegen wir gegenüber dem Durchschnittshebesatz von 316 %-Punkten noch im günstigen Bereich.
4. Und schließlich, weil all' dieses nicht ausreichend ist, müssen wir zum ersten Mal in dieser Form eine Gewinnausschüttung der Stadtwerke aus dem Wirtschaftsjahr 2006 in Höhe von 680.000,00 Euro für einen Haushaltsausgleich in Anspruch nehmen.

Nicht vorschlagen kann Ihnen der Magistrat eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von derzeit 335 %-Punkten. Hier ist der gewogene Durchschnittssatz in unserer Einwohnergrößenklasse nur geringfügig höher und liegt bei 339 %-Punkten.

Wir gehen weiter von einem Ausgleich des Gebührenhaushaltes „Bestattungswesen“ aus. Hierzu wird Ihnen im 1. Halbjahr 2007 ein entsprechender Vorschlag unterbreitet, mit kostendeckenden Gebühren unter Beachtung der neuen Mustersatzung. Dabei wird auch die Bedeutung der Friedhöfe als Grünanlagen berücksichtigt werden.

Im Ausblick auf das Haushaltsjahr 2007 finden Sie weitere Hinweise, auch mit Vergleichen des doppischen zu einem kameralen Haushalt.

2. Mittelfristig wird eine Haushaltskonsolidierung erforderlich

Ab 2008 profitieren wir von der Berücksichtigung der JVA-Haftplätze im Rahmen der Schlüsselzuweisungen.

Zudem hoffen wir aufgrund der vom Land angekündigten Strukturreform des KFA ab 2009 mit einer deutlichen Stärkung unserer kostenträchtigen zentralen Funktionen und auf Mehreinnahmen von mindestens 250.000,00 Euro jährlich.

Dagegen besteht eine erhebliche Unsicherheit bei der Kreis- und Schulumlage. Die Schulumlage wird spätestens ab 2009 nach doppischen Gesichtspunkten kostendeckend zu gestalten sein. Eine gewisse Skepsis besteht, ob dann tatsächlich die Kreisumlage nachhaltig um den Erhöhungsbetrag abgesenkt wird.

Die Landkreise werden zwar gegenwärtig durch das Land Hessen im Kommunalen Finanzausgleich zu Lasten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden großzügig bedient, sie haben aber auch, insbesondere bei dem Thema „Hartz IV / Wohngeld“, erhebliche finanzielle Risiken.

Bisher kann man leider nicht davon ausgehen, trotz einer Anhebung des Ansatzes im Bundeshaushalt 2007, dass die Zusagen des Bundes zum Thema „Wohngeld“ eingehalten werden.

Die im doppischen Haushalt deutlich werdenden nachhaltigen Belastungsstrukturen zeigen einen doppischen Mehrbedarf gegenüber einem kameralistischen Haushalt. Insbesondere aufgrund von Abschreibungen und Pensionsrückstellungen sind dies mehr als 1,1 Mio. Euro oder etwa 5,5 % des Ergebnishaushaltes.

Insgesamt gilt die Feststellung: Es bleibt bei mittelfristiger Betrachtung des städtischen Haushaltes ein struktureller doppischer Fehlbedarf im Ergebnishaushalt in Höhe von etwas mehr als 1 Mio. Euro.

Dabei kann es uns nicht trösten, dass ein vergleichbarer kameralistischer Haushalt noch ausgeglichen wäre.

3. Aufwandsorientierte mittelfristige Haushaltskonsolidierung geboten

Bezogen auf die Grundsteuern und die Gewerbesteuer habe ich bereits aufgezeigt, es besteht nur noch wenig Anpassungsspielraum bezogen auf die Durchschnittssätze in unserem Land, wollen wir nicht an Standortattraktivität verlieren.

Auch unsere Gebührenhaushalte sind weitgehend ausgeglichen, sieht man einmal von der genannten Überprüfung im Bereich der Friedhöfe ab. Wir schöpfen unsere Einnahmelmöglichkeiten bei Erschließungs- und Straßenbeiträgen aus und wir haben bereits relativ günstige Kostenstrukturen in fast allen Bereichen.

Hieraus folgt zunächst: **Wir können uns in Zukunft keine zusätzlichen nachhaltigen Belastungen unseres Ergebnishaushaltes erlauben und wir müssen mittelfristig alle Einsparmaßnahmen zur präventiven Haushaltskonsolidierung ausschöpfen.** Dabei gilt es, Kreativität und Mut zu beweisen, um dabei nicht die Attraktivität des Wohn- und Arbeitsplatzstandortes Hünfeld für „Jung und Alt“ zu gefährden. Populistische Gefälligkeitsentscheidungen können wir uns nicht erlauben.

4. Erkennbare Rahmenbedingungen

Wir sind als finanzschwache Stadt besonders von der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung unseres Landes abhängig. Wichtig sind und bleiben für uns als Haupteinnahmequelle die Schlüsselzuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich.

Die Entnahme von 100 Mio. Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich zur Finanzierung des BAMBINI-Programms schwächt nachhaltig besonders finanzschwache Kommunen.

Uns in Hünfeld fehlen z. B. durch diese „Wohltat“ nach dem „Gießkannen-Prinzip“ jährlich mehr als ca. 100.000,00 Euro, mindestens jedoch 70.000,00 Euro, bei den Schlüsselzuweisungen. Dieses Geld fehlt uns auch bei der angestrebten Verbesserung der Kindererziehung und -betreuung. Auf dieses Thema komme ich noch einmal zurück.

Selbst das beim Thema „Betreuung und Schule“ häufig als Vorbild herausgestellte Finnland bietet einen kostenlosen Kindergartenplatz nur für einkommensschwache Eltern an.

Im Übrigen, erlauben Sie mir diesen Einschub, löst man das Problem der ca. 4 % der Kinder, die in Deutschland vor der Schule keinen Kindergarten besuchen, durch diese neue soziale Wohltat nicht. Der Rechtsanspruch auf die vorschulische Betreuung und Erziehung müsste durch eine Rechtspflicht für das 3. Kindergartenjahr ergänzt werden. Die insofern viel zitierten skandinavischen Länder haben im Gegensatz zu Deutschland nicht nur Elternrechte, sie haben gleichzeitig notwendige Elternpflichten. Dazu gehört im Erziehungsbereich z. B. die Pflicht zum Besuch von Elternabenden.

Schlüsselzuweisungen sind abhängig von den Steuereinnahmen, die in diesem Jahr in unserem Land erfreulicherweise stark sprudeln.

Der Sachverständigenrat hat allerdings in der vergangenen Woche in seinem 43. Jahresgutachten nachdrücklich davor gewarnt, Deutschland schon wieder auf Erfolgskurs zu sehen.

Im Übrigen darf bei diesen finanziellen Sonnenstrahlen die nach wie vor schlimme Haushaltslage mit weiteren Neuverschuldungen der Länder und des Bundes ebenso wenig verkannt werden, wie der dramatische Anstieg defizitärer kommunaler Haushalte. Freiburg ist keine Ausnahme.

Nach dem aktuell vorliegenden Prüfungsbericht des Landesrechnungshofes hat z. B. kein hessischer Landkreis einen ausgeglichen Haushalt.

Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung mit der sinkenden Zahl der Beschäftigten auf die Steuereinnahmen sowie die steigenden Belastungen für die Alters- und Krankenversorgungssysteme sind dem Grunde nach bekannt. Sie werden durch die gegenwärtigen Reformen nicht nachhaltig gelöst.

In den nächsten 25 Jahren werden die öffentlichen Einnahmen durch den Bevölkerungsrückgang um etwa 15 % abnehmen, die Einsparungen durch weniger Einwohner aber nur ca. 3 – 5 % betragen.

Wir alle wissen um die Notwendigkeit von umfänglichen Investitionen in die Zukunft unserer Kinder. Gewaltig wird in den Schulbau im Landkreis Fulda, dabei auch in unserer Stadt, investiert.

Wir alle sind stolz auf diese investierten Millionenbeträge und freuen uns darüber.

Niemand zeigt allerdings die nachhaltigen finanziellen Konsequenzen für die künftigen Ergebnishaushalte des Landkreises Fulda und damit für eine kostendeckende Schulumlage auf. Wir werden diese finanzieren müssen. Da wir wohl alle derartige Investitionen wollen, müssen wir uns auch darauf einstellen.

5. Erziehung und Bildung erfordert verstärkte kommunale Anforderungen

Gerade weil das Thema „Erziehung, Betreuung und auch Bildung“ für unsere Kinder und damit zugleich für unsere künftige internationale Wettbewerbsfähigkeit immer wichtiger wird, muss auch hier das Gebot beachtet werden: **„Es gilt, möglichst effektiv eine möglichst optimale Qualität zu erreichen.“**

Mit den gegenwärtigen Steuerungsstrukturen wird dies im kreisangehörigen Raum nicht gestaltbar sein.

Der Entwurf des neuen Hessischen Kindergartengesetzes, das bereits am 1. Januar 2007 in Kraft treten soll, beinhaltet daher wesentliche Reformansätze.

Ab 1. Januar 2007 werden die kreisangehörigen Städte und Gemeinden und damit auch die Stadt Hünfeld für die Kinder mit Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bedarfsgerechte Angebote vorhalten und letztlich die Anforderungen des Tagesausbaubetreuungsgesetzes Schritt für Schritt umsetzen müssen.

Es bleibt zu hoffen, dass die Ausgestaltung des Kindergartengesetzes durch die Anhörung der Kommunalen Spitzenverbände, insbesondere bezogen auf den § 28, akzeptabel verbessert werden kann.

Vom Grundsatz ist diese Entwicklung konsequent und richtig, auch wenn sie wegen der erhöhten Verantwortung nicht von allen kleinen Kommunen begrüßt werden dürfte.

Ich gehe einen Schritt weiter: **Eine wirklich effektive und auch wirtschaftliche Organisation der kindlichen Betreuung, Erziehung und Bildung bis zum Ende der Grundschulzeit sollte auch in Hessen in die Hände der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gelegt werden.**

In allen anderen Bundesländern sind zumindest die Grundschulen in kommunaler Trägerschaft geblieben. Natürlich muss all dies kostenneutral und unter Beachtung des Konnexitätsprinzips vorgenommen werden.

Die demografische Entwicklung mit einem dramatischen Rückgang der Kinderzahlen muss einen solchen Prozess beschleunigen.

Die gegenwärtige Haltung der Bischöflichen Behörde in Fulda, bezogen auf die Ziele eines zukunftsorientierten Kinderbetreuungs- und Erziehungsverbundes, trägerübergreifend, verkennt vollkommen den zunehmend deutlicher werdenden Handlungsdruck für die Kommunen.

Wir werden in Zukunft sogar gemeindeübergreifend, im Rahmen „Interkommunaler Zusammenschlüsse“, diese Aufgaben effektiv und mit hoher Qualität lösen müssen.

Die hohe Qualität der Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsangebote muss bleiben. Diese müssen zudem mit der Entwicklung und den steigenden Anforderungen Schritt halten. Hierzu ist ein effektives, wirtschaftliches Handeln mit einer bedarfsgerechten einrichtungsübergreifenden Steuerung erforderlich.

Kindergartengruppen müssen unverzüglich in den einzelnen Einrichtungen jeweils an Bedarfsveränderungen angepasst werden, um mit eingespartem Geld zusätzliche neue bedarfsgerechte Angebote, etwa im Krippen- und Hortbereich, zu finanzieren. Dies erfordert einen städtischen Bedarfsplan, für den wir ab 01.01.2007 selbst verantwortlich sein werden, und es erfordert die notwendigen Instrumente zur Durchsetzung der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Ziele.

Wir können uns nicht erlauben, freie Raumkapazitäten in Kindergärten leer stehen zu lassen und gleichzeitig neue Kapazitäten für den Krippenbereich aufzubauen. Wir brauchen auch neue schlanke Trägerstrukturen, nach dem Vorbild der „Villa Kunterbunt“. Hier wird gute und effektive Arbeit in Vereinsträgerschaft in der Verantwortung von Eltern geleistet.

Wir können uns nicht erlauben, bei zunehmend frei werdenden Räumlichkeiten in unseren Grundschulen mit zusätzlichen Räumen Hortangebote aufzubauen, nur weil wir als kreisangehörige Kommune keinen unmittelbaren Zugriff auf diese Schulen haben.

Die zunehmende Vernetzung im Erziehungsauftrag vom Vorschulbereich bis zur Grundschule wird in den kommenden Jahren unserem hessischen System Veränderungen abverlangen.

Ich sage dies auch mit Blick auf unseren Haushaltsansatz zum geplanten Krippen- und Hortangebot „Am Tiergarten“, der nochmals auf den Prüfstand kommen wird.

Dies ergibt sich aus den aufgezeigten kurz- und mittelfristig frei werdenden Raumkapazitäten in den Kindergärten unserer Stadt. Diese bieten eigentlich genügend Raum. Gleiches dürfte für unsere Grundschulen zutreffen.

Hieraus muss jedem deutlich werden, wir brauchen die einstimmig beschlossene Verbundlösung. Wir werden künftig sogar Interkommunale Verbände entsprechender Art benötigen, um zukunftsfähig zu bleiben. Man kann nur hoffen, dass sich insofern die Bischöfliche Behörde in Fulda bewegt. Ansonsten droht eine historische Zäsur im katholischen Bereich bezogen auf die gemeinsame Verantwortung für unsere Kinder.

Ohne Umsetzung der einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Verbundziele wird keine zukunftsorientierte finanzierbare Gestaltung unseres, ab dem kommenden Jahr auch rechtlich gegebenen, Erziehungs- und Betreuungsauftrages machbar sein.

Ich bin sicher, andere Kommunen werden dies spätestens ab 2009 erkennen und nachvollziehen. Beide großen Kirchen müssen sich spätestens dann neu positionieren, wollen sie weiter Einfluss auf die Erziehung und Betreuung von Kindern behalten.

Unser Problem ist, Hünfeld ist wieder einmal Vorreiter und dies ist wieder einmal für die Beteiligten besonders anstrengend.

6. Wesentliche Entwicklungen im laufenden Haushaltsjahr

Erneut verzichte ich bewusst darauf, die einzelnen Haushaltsveränderungen darzustellen und zu begründen. Ich denke, alle wesentlichen Positionen sind entweder schon einmal beraten oder gar schon beschlossen.

Die heutigen Beschlussvorlagen, etwa zu den beiden Stiftungsverfassungen „Stadt- und Kreisgeschichtliches Museum Hünfeld mit Konrad-Zuse-Museum“ und „Museum Modern Art Hünfeld – Sammlung Jürgen Blum“, runden dies ab.

Die Kostenentwicklung im Bereich der Kommunikationstechnik, insbesondere bei der Software, unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit, im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit gerade auf diesem Sektor in den kommenden Jahren Synergieeffekte und Einsparpotentiale zu nutzen.

Wir wollen, auch wenn es uns zunehmend schwerer fällt, den Ausbau des Radwegenetzes, insbesondere bei Verbindungsfunktionen für regionale Radwege und in andere Kommunen, fortsetzen.

Nach dem Bau des Kegelspielradweges geht es nun interkommunal weiter in Richtung Schlitz.

Hier wollen wir die erste Teilstrecke von der Praforst bis Oberfeld in Höhe von 338.300,00 Euro finanzieren, während der restliche Bereich bis zur Gemarkungsgrenze Schlitz dann in 2008 fertig gestellt werden soll.

Danach ist mit nächster Priorität die Anbindung an die Gemeinde Nüsttal vorgesehen.

Einer der großen Investitionsansätze bezieht sich auf die Ortsdurchfahrt Oberrombach mit 357.500,00 Euro, dies bei einer erwarteten Landeszuwendung von 222.500,00 Euro.

Ebenfalls eine Fördermaßnahme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ist der Gehweg vom Friedhof bis zum Sportcenter in Großenbach, veranschlagt mit 157.000,00 Euro. Die Restfinanzierung für den Kegelspielradweg erfordert 130.000,00 Euro.

Eingebunden in den Haushalt sind die bereits beschlossenen Straßenbaumaßnahmen des so genannten „roten“ und „grünen“ Programmes, gemeinsam mit dem Eigenbetrieb Abwasseranlagen, soweit sie für das Jahr 2007 mit eingeplant sind.

Insgesamt beinhaltet der Haushaltsentwurf allein 3.016.750,00 Euro für Straßen-, Radwege- und Fußwege-Investitionen. Übertroffen wird dieser Ansatz nur noch von unseren Anstrengungen im Abwasserbereich mit einem Gesamtvolumen von 6.357.700,00 Euro.

Eine Mehrzahl von Haushaltsansätzen beziehen sich auf das Förderprogramm „Stadtumbau Hessen“. Es besteht die Zuversicht, dass insofern weitgehend eine Bewilligung des Antragsvolumens erfolgt. Dies wird dann ergänzende Veranschlagungen im Nachtragshaushalt 2007 oder im Grundhaushalt 2008 erfordern.

7. Interkommunale Zusammenarbeit „Hessisches Kegelspiel“ auf einem guten Weg

Immer mehr werden die Zukunftschancen dieses Programmes für die in der Arbeitsgemeinschaft „Hessisches Kegelspiel“ zusammengeschlossenen Kommunen Burghaun, Rasdorf, Nüsttal und die Stadt Hünfeld deutlich.

Die Sachstandspräsentation zum „Integrierten Handlungskonzept“ hat uns bereits wertvolle Informationen und wichtige Handlungsansätze für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung aufgezeigt.

Nach wie vor ist die Tür für eine Zusammenarbeit für die Marktgemeinde Eiterfeld offen.

Es wird immer deutlicher: Ohne Interkommunale Zusammenarbeit in immer mehr Bereichen werden kleinere Kommunen ihre Zukunft nicht mehr gestalten können.

Die Beispiele in der druckfrischen Broschüre des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung „Gemeinschaftsinitiativen Stadtumbau in Hessen“ zeigen dies nachdrücklich auf.

Dies gilt bezogen auf fast alle Lebensbereiche, ob Wohnen, Gewerbe, Einzelhandel und Erhaltung von Zentrumsstrukturen, ob bei der technischen, sozialen und kulturellen Infrastruktur, ob im Schulwesen, bei Kindererziehungs- und Betreuungseinrichtungen, der Pflege- und Gesundheits-Infrastruktur und bei Kultur- und Freizeiteinrichtungen. In diesen Bereichen werden neue Spielräume durch Zusammenarbeit und die Förderung von Interkommunalen Kooperationen durch die Landespolitik dargestellt. Der Hessische Wirtschaftsminister geht hier einen richtigen Weg.

8. Masken- und Fastnachtmasken-Museum wird neu entschieden

Wie zugesagt, wird der Magistrat trotz der vorliegenden Ermächtigung durch die Stadtverordnetenversammlung die Entscheidung über ein mögliches Masken- und Fastnachtmasken-Museum in Hünfeld in der ehemaligen Likörfabrik Aha nochmals zur Überprüfung vorlegen.

Gegenwärtig liegt uns ein neues Angebot vor, das verhandelt werden muss. Sodann gilt es, die künftigen Fördermöglichkeiten nach dem neuen EU-Programm zu klären.

Entscheidend wird mit Blick auf die gemachten Ausführungen die Erwartung sein, dass ein solches Museum kein nachhaltiger Belastungsfaktor für den städtischen Haushalt wird. Dies können wir uns bei der Kenntnis unseres strukturellen Haushaltsdefizits nicht erlauben.

9. Energiepolitik schwächt Stadtwerke

Dies gilt um so mehr, da wie bereits auch in der Rede zum Grundhaushalt 2006 dargestellt, die Folgen der gegenwärtigen Energiepolitik für kommunale Stadtwerke inzwischen erwartungsgemäß sichtbar werden:

Durch die Zwangsabsenkung der Netzentgelte werden erhebliche Ertragseinbußen für unsere Stadtwerke und damit letztlich für unsere Stadt von rd. 400.000,00 Euro bereits im kom-

menden Jahr eintreten, wie dies vorausgesagt war. **Dies mit der Folge geringerer Handlungsspielräume für unsere kommunale Infrastruktur.** Auf der anderen Seite haben sich erneut die großen Monopolisten mit gewaltigen Strompreisanhebungen von bis über 30 % durchgesetzt. Kommunen und Verbraucher mussten die Zeche bezahlen, die ÜWAG musste bereits die Strompreise um 7,37 % erhöhen. Der Staat kassiert durch die Mehrwertsteuererhöhung nochmals mit. Außerdem dürfen die Bürger und die Betriebe unserer Stadt bereits jetzt ca. 500.000,00 Euro für Windenergie- und Photovoltaiksubventionen über die Strompreise finanzieren.

Hier bleibt zu hoffen, dass ein Prozess des Nachdenkens bei den verantwortlichen Politikern wegen dieser wohl kaum gewollten unsozialen Gesamtwirkungen einsetzt.

10. Sorgsamer Umgang mit Verpflichtungsermächtigungen

Erneut finden Sie vorsorglich im Haushaltsplan 2007 Verpflichtungsermächtigungen mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 1.334.320,00 Euro.

Der größte Teil der Verpflichtungsermächtigungen bezieht sich auf die Notwendigkeit, vorgesehene Investitionsmaßnahmen, die über zwei bis drei Jahre gehen, überhaupt beginnen zu können.

Andere, insbesondere für Straßenbaumaßnahmen, stellen Ermächtigungen dar, deren Umsetzung letztlich von Anliegerwünschen abhängig sind.

Schließlich gibt es Maßnahmen, die hinsichtlich des Umfangs und der Finanzierung noch nicht abschließend gefestigt werden konnten.

Besonders wichtig ist für den Magistrat eine möglichst zeitnahe Ersatzbeschaffung eines Fahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr in Michelsrombach.

Das dort vorhandene Fahrzeug ist nur noch sehr begrenzt einsetzbar. Hier hoffen wir auf eine entsprechende Prioritäten-einstufung durch den Landkreis Fulda. Falls dies nicht erfolgt, werde ich mit dem zuständigen Minister des Innern mit dem Ziel verhandeln, eine vorzeitige Mittelfreigabe zur Vorfinanzierung eines Ersatzfahrzeuges für die Feuerwehr Michelsrombach zu erhalten.

11. Den Anregungen der Ortsbeiräte wurde weitgehend entsprochen

Den Anregungen unserer Ortsbeiräte zum Haushalt konnten wir weitgehend entsprechen. Lediglich wenige Wünsche hat der Magistrat, insbesondere mit Blick auf die Folgekosten, nicht berücksichtigt.

12. „Konzern Stadt Hünfeld“ im Zahlenspiegel

Eine besondere Aufmerksamkeit empfehle ich der Excel-Tabelle mit der Übersicht „Konzern Stadt Hünfeld im Zahlenspiegel“ zu widmen.

Hieraus gehen, wie angekündigt, die Gesamtaufwendungen nach dem Netto-Prinzip im Haushalt der Stadt Hünfeld in Verbindung mit dem Eigenbetrieb Abwasseranlagen, den Stadtwerken, dem Zweckverband Hallenbad und Jugendzentrum sowie den Stiftungen hervor. Sicherlich wird die Übersicht in den kommenden Jahren noch zu verfeinern und zu ergänzen sein. Sie gibt aber bereits jetzt eine hohe Transparenz in bisher nicht gekannter Form.

13. Personalkosten bei wachsenden Ausgaben begrenzen

Eine Daueraufgabe bei der Gestaltung kommunaler Haushalte stellt die Begrenzung der Personalkostenentwicklung bei wachsenden Aufgaben dar.

Wegen der mittel- und langfristig notwendigen Haushaltskonsolidierungen aufgrund des strukturellen Haushaltsdefizits sah sich der Magistrat zu einer weitreichenden Entscheidung veranlasst.

Nach dem Vorbild des Landes Hessen, aber auch anderer Kommunen, hat der Magistrat für den Bereich der Stadtverwaltung, aber auch der Stadtwerke, einen Austritt aus dem Arbeitgeberverband mit Wirkung zum 1. Januar 2007 beschlossen. Hierdurch werden zwar kurzfristig, angesichts der Besitzstandswahrungen, keine finanziellen Auswirkungen entstehen, mittel- und langfristig hat dies aber erhebliche Bedeutung.

Der Kernpunkt dieser Maßnahme ist die vorgesehene Anpassung der Wochenarbeitszeit bei Neueinstellungen im bisherigen Tarifbereich, d. h. bei den Arbeitern und Angestellten, an die 42-Stundenwoche der Beamten.

Anders ausgedrückt, wie bei den Landesbediensteten sollen auch künftig nicht nur die Beamten bis 50 Jahre, sondern auch die sonstigen neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren sicheren Arbeitsplätzen, abhängig vom Lebensalter, bis 42 Stunden die Woche arbeiten.

Eine solche Zielsetzung erwartet der Magistrat im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten auch von unseren Partnern, die wir weitgehend finanzieren. Dagegen will der Magistrat entgegen anderen Kommunen nicht den Weg kommunaler Beschäftigungsgesellschaften mit deutlich abgesenkten Löhnen und Gehältern gehen.

Im Gegenteil, der Magistrat möchte das Instrument der Leistungszulagen gerne über den tariflich vereinbarten Rahmen hinaus ausbauen.

14. Stellenplan

Fast selbstverständlich ist von daher schon die Feststellung, dass der Stellenplan keine Ausweitung erfährt.

Aus der Stellenübersicht zum Ende 2006 geht zudem hervor, dass der Magistrat entsprechend der gebotenen Sparsamkeit restriktiv mit der Stellenbesetzung umgeht.

15. Schlussbemerkung

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesen ergänzenden, teilweise perspektivischen, aber sehr ernst zu nehmenden Hinweisen übergebe ich Ihnen den Entwurf des Grundhaushaltes 2007 mit den beigefügten Wirtschaftsplänen.

Ich hoffe, ich habe deutlich machen können: **Wir können uns auf unseren Erfolgen der Vergangenheit nicht ausruhen, wir müssen uns dem gesellschaftlichen Wandel, insbesondere ausgelöst durch die demografische Entwicklung, aber auch den Anforderungen zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit, stellen.**

Dies erlaubt keine bequemen Entscheidungen, wie es leider immer noch in vielen Kommunen der Fall ist, die angesichts fehlender doppischer Haushalte noch nicht wissen, wo sie wirklich stehen.

Von daher war unsere Entscheidung auch richtig, unser Jubiläum 1225 Jahre Campus Unofelt nicht als ein rauschendes Fest, nach dem Vorbild der 1200-Jahr-Feier oder des Hessesentages 2000, zu feiern.

Wir wollen und wir müssen das Jahr 2007 nutzen für wesentliche Weichenstellungen, damit unsere Stadt im nächsten Vierteljahrhundert attraktiv und gestaltungsfähig sowie liebens- und lebenswert für unsere Menschen bleibt.

Ich danke allen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im „Konzern Stadt Hünfeld“ für ihren Beitrag jeweils an ihrem Platz. Ihnen wird häufig mehr als in anderen Verwaltungen und Betrieben abverlangt.

Ich bitte um Ihren Rückhalt und um Ihre weitere Unterstützung für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung der Konrad-Zuse-Stadt Hünfeld.